

Wahlprüfstein Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler

Ihre Frage	Unsere Antwort
Künstlerisches Einkommen	
Unterstützen Sie, in Förderrichtlinien der öffentlichen Hand die faire Vergütung aller künstlerischen Leistungen verbindlich zu verankern? Setzen Sie sich für die Verankerung eines entsprechenden Anspruchs im Urheberrechtsgesetz ein? Welche Initiativen planen Sie zur Überwindung des Gender Pay GAP?	Zur besseren sozialen Sicherung von freischaffenden Künstler*innen werden wir Mindestgagen und Ausstellungshonorare fest etablieren. Wir wollen die Diversität und Geschlechtergerechtigkeit in Kunst und Kultur weiter ausbauen: Mehr Frauen sollen Führungsverantwortung in Kultureinrichtungen übernehmen und künstlerische Leistungen geschlechterunabhängig honoriert werden.
Soziale Sicherung jenseits der Künstlersozialversicherung	
Befürworten Sie die Einführung eines Einkommensausfallversicherung für Künstler*innen (und andere Soloselbständige) analog zur Arbeitslosenversicherung? Treten Sie dafür ein, für die Krankenversicherung Selbstständiger das reale Einkommen als Beitrags-Bemessungsgrundlage heranzuziehen?	Wir wollen die Beiträge zur Krankenversicherung bei Selbständigen wie bei abhängig Beschäftigten am tatsächlichen Einkommen bemessen. Wir wollen ein beitragsfinanziertes Sicherungsgeld einführen, das bei Auftragseinbrüchen ähnlich der Arbeitslosenversicherung eintritt. Das Sicherungsgeld hat Vorrang vor der Grundsicherung. Die Grundsicherung wollen wir zu einem Bürgergeld weiterentwickeln. Vermögen und Wohnungsgröße soll innerhalb der ersten zwei Jahre des Bürgergeldbezugs nicht geprüft werden.
Künstlersozialversicherung	
Treten Sie für Erhalt und Stärkung der Künstlersozialkasse ein? Befürworten Sie die Stabilisierung eines niedrigen KSK-Abgabesatzes, ggf. auch durch Erhöhung des Bundeszuschusses? Würden Sie sich für eine Einkommensausfallversicherung über die KSK (analog zur Arbeitslosenversicherung) einsetzen?	Die sich verändernden kulturellen Wertschöpfungsketten bedürfen einer zeitgemäßen „kulturellen Ordnungspolitik“, etwa in den Bereichen Steuerrecht, Urheberrecht oder Künstlersozialversicherung. Wir wollen eine Weiterentwicklung bestehender Förderlogiken hin zu inhaltlich

	strukturbildenden Maßnahmen und Impulsen.
Altersvorsorge und Rentenversicherung	
Befürworten Sie die Einbeziehung Selbständiger, die nicht über die KSK rentenversichert sind, in die gesetzliche Rentenversicherung? Wenn ja, verpflichtend? Sind Sie für eine Nachschärfung des Gesetzes zur Einführung der Grundrente ein, mit der das erforderliche Mindesteinkommen abgesenkt wird?	<p>Neben der für uns unverhandelbaren Künstlersozialversicherung und den bereits erreichten Verbesserungen in der Renten- und Krankenversicherung geht es vor allem um die weitere Öffnung der sozialen Sicherungssysteme. Wir wollen den sozialen Schutz von Selbständigen, die bisher in keinem Alterssicherungssystem abgesichert sind, verbessern, indem wir eine auf Selbstständige zugeschnittene Altersvorsorge in der gesetzlichen Rentenversicherung für sie auf den Weg bringen. Unser Ziel ist, dass alle Erwerbstätigen abgesichert sind. Heute sind noch viele Selbstständige nach langjähriger Erwerbstätigkeit auf Grundsicherung angewiesen - das wollen wir ändern.</p> <p>Die Grundrente schafft mehr Gerechtigkeit, die wir noch erweitern wollen. In einem ersten Schritt wollen wir die Kapitalertragsprüfung abschaffen. Sie ist bürokratisch und kostet die Deutsche Rentenversicherung rund 78 Millionen Euro, die allein für die sehr aufwändige Bürokratie zur Bearbeitung der Prüfung eingesetzt werden muss.</p>
Kunstförderung	
Wie wollen Sie sich für Erhalt und Sicherung der kulturellen Vielfalt und Infrastruktur im gesamten Land einsetzen? Unterstützen Sie die Etataufstockung bewährter Förderstrukturen wie z. B. Stiftung Kunstfonds? Befürworten Sie die Neuauflage von „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ ab 2023?	Wir bieten den Künstler*innen und Kreativen ein kulturelles Bündnis an, das einerseits die Kunst und die Vielfalt künstlerischen Arbeitens schützt und andererseits die Strukturen und Räume kultureller Produktion sichert und weiterentwickelt.
Urheberrecht	
Mit welchen Initiativen setzen Sie sich dafür ein, dass Urheberrechte entsprechend der aktuellen Gesetzgebung zur Umsetzung der	Ein zentraler Aspekt der Urheberrechtsreform ist die urheberrechtliche Verantwortlichkeit von

<p>DSM-Richtlinie tatsächlich gewahrt werden? Mit welchen konkreten Maßnahmen soll die Verantwortung der großen Plattformen für die Wahrung von Urheberrechten umgesetzt werden?</p>	<p>Upload-Plattformen: Für die Verbreitung von Inhalten sind die Plattformen künftig auch selbst unmittelbar verantwortlich. Für Drittinhalte, die Nutzer verbreiten, müssen sie künftig Lizenzen erwerben. Ein ergänzender Direktvergütungsanspruch gegenüber den Plattformen sorgt dann dafür, dass auch die Kreativen, also Musikerinnen und Musiker, Schauspielerinnen und Schauspieler oder Autorinnen und Autoren, fair an diesen Lizezeinnahmen beteiligt werden. Das bisherige Haftungsprivileg entfällt. Besteht keine entsprechende Lizenz, muss die Plattform einen Upload auf Verlangen des Rechtsinhabers nachträglich entfernen oder auch von Anfang an blockieren.</p>
<p>Kulturelles Erbe</p>	
<p>Setzen sie sich dafür ein, in allen Bundesländern sowohl Werkdatenbanken als auch Depots bzw. Archive zur Sichtbarmachung des bildkünstlerischen kulturellen Erbes zu fördern? Was wollen sie unternehmen, um den Gender Show Gap zu überwinden?</p>	<p>Wir werden die Kultureinrichtungen an gigabitfähige Netze anbinden und ihnen digitale Infrastrukturen ermöglichen. Wir werden die Produktion und Verbreitung kultureller Inhalte fördern, indem wir die Digitalisierung von Mediatheken vorantreiben und unser kulturelles Erbe sichern und besser zugänglich machen. Wir werden die Entwicklung des Digitalen als künstlerischen Raum stärken und digitale Kunstprojekte fördern.</p>
<p>Kunstfreiheit und kulturelle Vielfalt</p>	
<p>Wie wollen Sie der insbesondere durch die Pandemiefolgen offenbar gewordenen besonderen Rolle von Kunst und Kultur für den Zusammenhalt der Gesellschaft Rechnung tragen? Gehören dazu auch die Schaffung eines Bundeskulturministeriums und die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz?</p>	<p>Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die Kultur hart getroffen. Künstler*innen und Kreative sind in ihren Arbeitsmöglichkeiten teilweise extrem eingeschränkt. Dem Publikum sind etliche Kulturorte nach wie vor verschlossen. Der gesellschaftliche Verlust ist enorm – wir stehen politisch in der Verantwortung, ihn abzufedern und den Neustart des kulturellen Lebens im Land zu fördern. Das hat nicht nur eine materielle Dimension. Kunst und Kultur sind weit mehr als Freizeitangebote – sie sind konkrete</p>

Aufklärung in einer modernen Gesellschaft. Angesichts der aktuell vielfältigen Veränderungen streben wir Aufbruch hin zu einem neuen Kulturkonsens über die Aufgaben und Verfahren der Kulturpolitik an, bei dessen Aushandlung wir die kreativen, kritischen, innovativen und verbindenden Kräfte von Kunst und Kultur zur Grundlage machen wollen. Dazu gehört auch, dass wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern wollen. Die Künste sind eine wesentliche Werte-, Identitäts- und Dialogressource und für den Zusammenhalt in der Demokratie unverzichtbar.